

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: K. H. W. Klotzsch, Dresden.
Vertriebsstelle: K. H. W. Klotzsch, Dresden.
Für den Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—, Einzelnummer M. 8,—, Sonntagsausgabe M. 10,—.
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige 12 mm breite Zeile Nr. 20.—, außerhalb des Zeitungsraumes M. 25.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Geboten u. Wohnungsanzeigen, 10spaltige Zeile u. darüber M. 15.—, Nachh. Vorzugsplätze bzw. sonst. Anzeigen M. 10.—, Anzeigen gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Druckerei: Klotzsch & Co., Dresden.
Druck u. Verlag von Klotzsch & Co. in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wiederdruck nur mit bewilligter Genehmigung (Treuh. Verh.) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Die Strafanträge im Rathenau-Mordprozess.

Lodesstrafe gegen Ernst Werner Tschow.

Zusammen über 30 Jahre Zuchthaus für die übrigen.
Nach zweieinhalbständiger Plädoyer stellte der Oberreichsanwalt in der heutigen Verhandlung des Rathenau-Mordprozesses folgende

Strafanträge:

- Gegen Ernst Werner Tschow wegen Missetat Lodesstrafe;
- gegen Hans Werd Tschow wegen Beihilfe 4 Jahre Gefängnis und wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis, insgesamt 4 Jahre 3 Monate Gefängnis als Jugendlicher;
- gegen Günther wegen Beihilfe 6 Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung 9 Monate Gefängnis, insgesamt 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust;
- gegen v. Salomon wegen Beihilfe 5 Jahre Zuchthaus;
- gegen Barneke 4 Jahre Zuchthaus;
- gegen Niedrig 5 Jahre Zuchthaus;
- gegen Niekmann wegen Beihilfe 4 Jahre Zuchthaus und wegen Begünstigung 9 Monate Gefängnis, sowie wegen unbefugten Waffenbesitzes 6 Monate Gefängnis, insgesamt 4 Jahre 9 Monate Zuchthaus;
- gegen die vier Begünstigten je 5 Jahre Ehrenrechtsverlust;
- gegen Steinbeck 8 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust wegen Begünstigung und Beihilfe;
- gegen Schüttl und Dickel je 6 Monate Gefängnis wegen Begünstigung, dagegen Freisprechung wegen Beihilfe;

gegen Tilleßen und Ploas je 2 Jahre Gefängnis wegen Unterlassung der Anzeige;

bei dem beantragt der Oberreichsanwalt Freisprechung. Der Oberreichsanwalt führt aus, es handle sich nicht um ein politisches Verbrechen, sondern um eine gemeinen Mord, wenn auch politische Motive dabei eine Rolle gespielt hätten. Deshalb habe er Ehrenstrafen beantragt. Außerdem beantragte er die Einziehung der Maschinenpistole. Die Einziehung des Autos zu beantragen, sehe ich mich noch nicht veranlaßt, da eine Beihilfe durch den Täter noch nicht festgestellt ist. Der Oberreichsanwalt fügt hinzu: Sollte das hohe Gericht bei dem einen oder anderen Knechtelagen zu der Meinung kommen, daß eine Beihilfe nicht nachgewiesen ist, so würde für diese eine Verurteilung nach § 129 des Strafgesetzbuches in Frage kommen.
Das Plädoyer des Oberreichsanwalts und die übrigen Verhandlungen befinden sich auf Seite 2 dieses Blattes.

Die Regierungskrise in London.

London, 11. Oktober. Die Presse nimmt mit Sicherheit an, daß die nächsten Neuwahlen nach der Weichhaken stattfinden werden. Innerhalb der konservativen Partei sind die Gegner der Regierung so zahlreich geworden, daß sich die Koalition nicht mehr länger aufrecht erhalten lassen wird. Es wird vielfach angenommen, daß auf dem am 15. November stattfindenden Parteitag der Unionisten eine Entschlüsselung angenommen werden wird, die das Ausschließen der Konservativen aus der Koalition fordert. Ob Lord George mit einer Auffassung des Parlaments oder mit der Niederlegung seines Amtes antworten wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Bekämpfung der Devisenspekulation durch das Reich.

Eine Rolverordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 11. Okt. W. T. V. meldet: Das Reichspräsidentium beschloß heute mit Maßnahmen zur Bekämpfung der weiteren Stürzes der Mark. Es wurde vor allem die Notwendigkeit eines schleunigen Erlasses von Vorschriften sowie eine Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln anerkannt und einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlass einer Rolverordnung auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage der Ausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen, sowie weiterer Stützmaßnahmen für die Reichsmark erörtert. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Eine Devisenausgleichsstelle?

Unterbindung des Spekulationskaufs und Verkaufs von Devisen. — Goldschafischeine des Reiches. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Berlin, 11. Okt. Von der Regierung geplanten Maßnahmen liegen Vorschläge zugrunde, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß ausländische Zahlungsmittel zum Zwecke der Spekulation oder der Vermögensanlage weder abgegeben noch erworben werden dürfen. Der Regierungsvorschlag sieht für die Durchführung einer solchen Kontrolle eine Reihe von Maßnahmen vor, die teilweise den Banken die Pflicht auferlegen, bei Transaktionen zu prüfen, ob diese zum Zwecke der Spekulation oder Vermögensanlage vorgenommen werden. Zu einer weiteren eingehenden Kontrolle sollen Außenhandelsstellen und Reichsbankanstalten herangezogen werden. Für Zweifelsfälle gegen die in Aussicht genommenen Bestimmungen sind Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren und Geldstrafen von 100 000 Mark bis 1 Million Mark für jeden einzelnen Fall vorgesehen, sowie des ein- bis zehnfachen des in Frage kommenden Betrags. Das Gesetz will mit diesen Maßnahmen im wesentlichen die Flucht vor der Mark treffen. Wieweit sich diese Maßnahmen, die für die Kontrolle einen Apparat vorsehen, der bisher noch nicht existiert, durchführen lassen, ist natürlich eine Frage der Praxis. — In Ergänzung der oben geschilderten Maßnahmen sehen die Vorschläge der Regierung eine Devisenausgleichsstelle vor. Diese soll jedoch erst geschaffen werden, wenn die in Frage kommenden Organisationen, wie Banken, Handels- und Industrievertretungen, Handelskammern, Bankiersvereinigungen, Reichswirtschaftsrat usw., zu den einzelnen Maßnahmen ihre Gutachten abgegeben haben.
Um der Flucht vor der Mark weiterhin zu steuern, beabsichtigt ein Vorschlag, der dem Kabinett zur Beschlussfassung vorliegt, eine

absichtigt, die Einnahmen aus der Ausfuhrabgabe und die Erhöhung der Einnahmen aus der Rohstoffsteuer heranzuziehen.
Reichsanwalt Dr. Birth, der bis Anfang nächster Woche auf Urlaub bleiben wollte, hat seinen Urlaub abgebrochen und wird die Verhandlungen mit den Vertretern der beteiligten Stellen aufnehmen. — Die das Berliner Tageblatt“ zu den Maßnahmen der Regierung erzählt, will die Regierung Zahlungen in ausländischer Währung bei Zahlungsdienstleistungen unter allen Umständen verhindern. Werden solche Geschäfte trotz des Verbots abgeschlossen, so sollen sie rechtsunfähig sein. Wahrscheinlich werde damit eine strengere Kontrolle des Devisenhandels in Gang gehen, doch lassen sich darüber zurzeit noch keine näheren Mitteilungen machen.

Vor neuen Kontrollmaßnahmen der Entente.

Paris, 11. Okt. Die Reparationskommission hat heute nachmittags eine halbamtliche Sitzung abgehalten, um die durch den Sturz der deutschen Mark geschaffene neue Lage zu erörtern. Der neue Sturz der deutschen Mark in den letzten drei bis vier Wochen hat, wie Dumas meldet, die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Mark vernichtet. Die Reparationskommission sieht sich daher gezwungen, die neue Finanzlage des Deutschen Reiches nach vor der Brüsseler Konferenz in Betracht zu ziehen. „Selbstverständlich“ wird die Frage der deutschen Finanzkontrolle angemerkt werden. Die nächsten Sitzungen werden sich insbesondere mit Maßnahmen beschäftigen, die gehalten, die Kontrolle zu verstärken und sie wirksamer zu gestalten. Eine Entschlüsselung der Kommission wird nicht vor Ende der Woche gefast werden. (W. T. V.)

Nach dem Pariser „Matin“ soll der englische Delegierte in der Reparationskommission, Bradburn, beantragen wollen, daß Deutschland bis Ende 1923 von allen Barzahlungen befreit werde und daß das Garantiefomitee rechtlich ein Vetorecht erhalte, um die deutschen Staatsausgaben und die Emission von Papiergeld unter Umständen zu verhindern.
Die „Times“ nimmt den letzten Marksturz zum Anlaß, abermals eine ausländische Kontrolle über die deutschen Finanzen in irgendeiner Gestalt zu fordern.

Eine neue Entscheidung in der Schatzwechselfrage?

Paris, 11. Okt. „Le Temps“ hebt den provisorischen Charakter der Entscheidung vom 31. August über die Belastung der schwebenden Schuld hervor und fügt hinzu, daß über die Zahlungen vom 15. Oktober, 15. November und 15. Dezember noch einmal beraten werden könne. Außerdem habe das deutsche Moratoriumsgesetz vom 12. Mai, das auf eine Aufhebung aller Barzahlungen im Jahre 1922 abziele, noch keine endgültige Antwort erhalten. Die Reparationskommission könne also vor dem Verfall am 15. Oktober erklären, ob sie ihre Entscheidung vom 31. August aufrecht erhalten oder ob sie ein anderes Abkommen treffen wolle. Außerdem müßte sie ihren Plan für eine durchzuführende Umgestaltung der deutschen Finanzen aufstellen. (W. T. V.)

Dollar (Amtlich): 2600
im Freiverkehr abends 6 Uhr: 2650

Der neue Marksturz.

Als der Dollar auf 300 stand, dachten wir, es ginge nicht weiter, und jetzt war er bereits auf 3000 angelangt. Hoffen und harren macht manchen zum Narren, sagt das Sprichwort. Sind wir nicht eigentlich alle zum Narren, das wir solange gläubig auf einen automatischen Stillstand der Marktentwertung hofften und wie Jüdens Nora auf das Wunder warteten, das uns Rettung bringen sollte? Ganz ungewiß, ganz in nebelhaftes Dunkel gehüllt, harrt die Zukunft vor uns auf und gewiß hat nur die Schwere der allgemeinen Verzweiflung, die mit dem Fortschreiten dieses unheimlichen Geldentwertungsprozesses verbunden sind. Die hungernden Rentner, der verfallende Mittelstand, die trotz aller Lohn- und Gehaltssteigerungen sich nicht verschlechternde Lage der Festbesoldeten — das alles nimmt immer höher an, und dazu gesellt sich als bedrohlicher Bevölkerungspolitischer Schaden die Erschwerung der Beschäftigungen. Nach den letzten Feststellungen des statistischen Reichsamtes kosteten die Wohnungseinrichtung, Kleidung und Wäsche einem Ehepaar am 1. Juli 1914 für eine Zweizimmerwohnung 2800 Mark. Anfang August 1922 aber 288 000 Mark. Inzwischen sind die Preise noch erheblich weiter gestiegen, so daß man heute bei allerbestehenden Ansprüchen die Summe auf über 300 000 Mark veranschlagen kann. Wie sollen derartige Beträge von Leuten aufgebracht werden, die ganz auf ihr Arbeitseinkommen angewiesen sind? Auch der Horizont der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands verfinstert sich von Monat zu Monat mehr, und die beiden Begleiter der grauen Frau Sorge zur Rechten und zur Linken, die Produktionsstagnation und die Arbeitslosigkeit, legen sich in Postur, um ihr entnervendes Handwerk zu beginnen. Das Betriebskapital der Industrie, das der sorgfältigen Verwahrung durch die Geldentwertung nicht mehr genügend Widerstand zu leisten vermag, reicht nicht mehr hin, um die Produktion in vollem Umfang aufrechtzuerhalten, und während der Wettbewerb des Auslandes auf dem Weltmarkt zunimmt, kocht auch der Inlandsabsatz in dem Maße, wie die Kaufkraft der Bevölkerung abnimmt. Diese Verhältnisse haben bereits zu einer Katastrophe in der württembergischen Schuindustrie geführt, deren Mitglieder erklärt haben, Abschlüsse zu freibleibenden Preisen nicht mehr vornehmen zu können, sondern nur zu solchen Preisen, die eine Abgangsmöglichkeit gewährleisten. Die letzten Wochen haben, um das Elend noch zu machen, auch noch eine empfindliche Kredit- und Zahlungsmittelnot gebracht, in deren Veranschaulichung die Tatsache grell in Erscheinung tritt, daß die bisherige Hochkonjunktur nur eine Scheinblüte unseres Wirtschaftslebens darstellte. Es ist bedauerlich worden, daß zur glatten und reibenden Bewältigung aller Zahlungsbekürfnisse des Verkehres ein Umlauf von 800 Milliarden Papiermark erforderlich wäre, während Ende August nur ein solcher von 287 Milliarden vorhanden war. Wie soll eine so gewaltige Spannung jemals eingeholt werden können, ohne das Schwungrad der Inflation in eine derartig wilde, rasende Bewegung zu versetzen, daß dabei die ganze Wirtschaft im Decktempo zum Tode getrieben wird?

In solcher Lage ist es natürlich, daß alle Welt sich den Kopf darüber zerbricht, mit welchen Mitteln man dem Fortschreiten der Geldentwertung einen Riegel vorschieben könnte. Stabilisierung der Mark: das ist das Schlagwort der Stunde, das angesichts der Ueberforderung der Dreitausendzähne des Dollars alle anderen Fragen in den Hintergrund drängt. Die Möglichkeit des neuen Marksturzes trägt das übrige dazu bei, um alleitig das Bewußtsein zu schärfen, wie gefährlich der Weg am Abzuarufen ist, den wir wandeln, und welche kolossale, aus Mark unseres Lebens greifende Wichtigkeit und Dringlichkeit dem Stabilisierungsproblem innewohnt, dessen weitere Verschleppung immer neue lächerliche Sturzabfälle der Geldentwertung zur Folge haben wird. In dem Vorwärtsschritt der Zeitungen wird die jegliche Katastrophe vielfach auf den letzten Reichsbankausweis zurückgeführt, dessen niederschmetternde Wirkung auf das Ausland in der Feststellung begründet sei, daß die schwebende Schuld des Reiches auf 51 Milliarden angewachsen ist. Daneben wird wohl auch die ungünstige internationale Lage, wie sie durch die Orientkrise geschaffen worden ist, mit in Rechnung gestellt werden müssen. Die Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen, die den Wert der deutschen Mark maßgebend beeinflusst, hängt zum guten Teil von der Einwirkung der Verbündlichkeiten der Entente unter sich und gegenüber Amerika ab, und die Aussichten auf eine Verständigung auf diesem Gebiet verschlechtern sich, je schwieriger sich die Verhältnisse im Orient gestalten. Deutschland steht also unter einem starken Druck ungünstiger politischer Entwicklungen, wenn es sich leicht anmaßt, zu tun, was es kann, um die Mark zu stabilisieren. Bei der Frörierung dieser Vexierfrage muß davon ausgegangen werden, daß die Industrie- und Handelswelt selbst an einer Stabilisierung auf das höchste interessiert ist, damit sie endlich wieder zu einer vernünftigen Kalkulationsgrundlage gelangen kann und das Schiff ihrer Berechnungen nicht mehr heuerlos auf den Wogen der Markstürze umherzutreiben braucht. Die Voincarische Heberei von der abhänlichen Salvatversicherung und der bewußten Bankrottiererei der deutschen Industrie und Hochfinanz ist bärer Unfug. Ein solches unfähigere Verbrechen an dem Wohle der Nation, das